

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.06.2025

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 20:29 Uhr

Raum, Ort: Café SoPHi Greifswald GmbH, Heinrich-Hertz-Straße 20 b,

17491 Greifswald

Anwesend

<u>Vorsitz</u>

Katja Wolter

Mitglied der Bürgerschaft

Ingo Ziola

Bernd Fleischmann

Yvonne Görs

Kira Wisnewski Vertretung für: Katharina Horn

Anja Hübner

Dr. Jörg Valentin ab TOP 4

sachkundige Person

Sebastian Berg

Christoph Berner

Maik Fritzke

Prof. Dr. Frank Hardtke

Bernd Richter

Protokollführung

Martina Weiß

Abwesend

Mitglied der Bürgerschaft

Tobias Herkules entschuldigt Katharina Horn entschuldigt

Seite: 1/12

Verwaltung:

Fabian Feldt Wirtschaft und Tourismus
Carolin Felber Stabstelle Digitalisierung
Sebastian Gall Haupt- und Personalamt
Annika Groth Immobilienverwaltungsamt

Steffen Winckler Amt für Bürgerservice und Brandschutz

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung	
3	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.04.2025	
4	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2025	
5	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen	
6	Vorstellung der Geschäftsführerin der WVG mbH Greifswald	
7	Informationen zum Thema Digitalisierung	
8	Mitteilungen der Verwaltung	
9	Mitteilungen der Vorsitzenden	
10	Beschlusskontrolle	
11	Beratung der Beschlussvorlagen	
11.1	Globalbeschluss zur Vergabe von Gewerbe- und Industriegrundstücken in Bebauungsplangebieten	BV-V/08/0141
11.2	Grundstücksverkäufe wieder ermöglichen CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	BV-P-ö/08/0154-01
11.3	Saubere Stadt Greifswald - Für eine Verbesserung der Straßensauberkeit in Greifswald Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald, Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	BV-P-ö/08/0155
11.4	Änderung der Hundeverordnung Helmut Holzrichter, Antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung	BV-P-ö/08/0157
11.5	Beratungsgipfel Verkehrssituation Schönwalde II Marcus Wiederhöft, Antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung	BV-P-ö/08/0158
12	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses	
13	Ende der Sitzung	

Nichtöffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit
	der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.04.2025
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Wolter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie weist darauf hin, dass der Sitzungsraum im Café SoPHi nur bis 22 Uhr zur Verfügung steht.

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. 11 Mitglieder sind anwesend, davon 5 Bürgerschaftsmitglieder. Die Beschlussfähigkeit ist nicht gegeben.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung angenommen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.04.2025

Die Niederschrift vom 30.04.2025 wird mit Änderung angenommen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	2

4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2025

Herr Dr. Dr. Valentin nimmt ab 18.08 Uhr an der Sitzung teil.

Die Niederschrift vom 22.01.2025 wird mit Änderung angenommen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	О	5

5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen

Keine

6 Vorstellung der Geschäftsführerin der WVG mbH Greifswald

Die Geschäftsführerin der WVG mbH ist seit 01.10.2024 tätig. Sie berichtet von Bauvorhaben in den Jahren 2024 und 2025. In 2024 wurden anderthalb Millionen Gewinnausschüttung an die Stadt Greifswald überwiesen, dieses Jahr erfolgt keine Abgabe sondern ausschließlich Investition in Bestandsimmobilien.

Frau Wisnewski fragt, in welchem Bereich uns am meisten Wohnraum fehlt. Die Geschäftsführerin der WVG erklärt, dass große sowie kleine Wohnungen fehlen. Der Leerstand liegt bei 2%.

Frau Görs fragt nach der Menge von Rentnern, die große Wohnungen "blockieren". Besonders ältere Leute scheuen den Umzug, sie wollen höchstens in ein niedrigeres Geschoss ziehen. Dafür gäbe es viele Interessenten, aber nicht genug Wohnungen.

Frau Görs fragt, was am meisten gefragt wird an Wohnungen.

Die Geschäftsführerin der WVG erklärt, dass man fast jede Wohnung gut los wird mit der Ausnahme einiger neu gebauter Sozialwohnungen. Es gibt nicht genug Menschen, die einen Wohnberechtigungsschein für eine Sozialwohnung besitzen. Für manche wäre der Mietpreis in einer Sozialwohnung sogar höher als in ihrer Bestandswohnung.

Herr Prof. Dr. Hardtke fragt, wer den geplanten Spielplatz in Bereich Elisenpark errichtet. Laut Frau Groth vom Immobilienverwaltungsamt ist in diesem Bereich wahrscheinlich das Grünflächenamt zuständig.

7 Informationen zum Thema Digitalisierung

Frau Görs verlässt den Sitzungsraum von 19:09 bis 19:12 Uhr

Frau Felber informiert, wie in der letzten Sitzung gewünscht, über die interne Verwaltungsdigitalisierung (Präsentation angehängt).

Herr Richter fragt, ob im Dokumentenmanagementsystem (DMS) nur die bisherigen Papierformulare auf den Bildschirm gelegt werden oder auch gleich die Prozesse digitalisiert werden. Frau Felber erklärt, letzteres ist das Ziel ist und wird teilweise schon umgesetzt.

Herr Olhöft vom Seniorenbeirat fragt nach zukünftiger Arbeit mit KI. Es existiert eine Projektgruppe dafür.

Herr Fritzke fragt nach Plänen der Projektgruppe, Frau Felber verspricht die Frage weiterzuleiten.

Herr Winkler erklärt, dass die Verwendung von digitalisierten Dokumenten stark von der Aufgabenstellung abhängt. Bei vielen Formularen ist derzeit noch die Verwendung der Papierform gesetzlich vorgeschrieben und es müssen viele einzelne Gesetze von der Bundesregierung dahingehend angepasst werden.

Herr Richter fragt, ob die Nutzung von generativer KI in der Verwaltung erlaubt ist. Der

Informations-Sicherheitsbeauftrage Herr Gall erklärt, dass eine Abfrage in allen Abteilungen stattfand, welche KIs bisher genutzt wurden oder genutzt werden wollen. Es wird derzeit ein Regelwerk erstellt, die Bewertung nach Bedenklichkeit bzw. Verbot läuft noch.

Vorerst ist die Benutzung jeglicher KI in der gesamten Verwaltung nur nach Rücksprache erlaubt.

Frau Felber erläutert die aktualisierte Fassung der Planstellen-Planung.

Die Evaluation aller Stellen hat ergeben, dass die 22 neuen Planstellen alle benötigt werden. Lediglich bei einer Stelle (im Jahngymnasium) konnte eine Wochenarbeitsstunde und eine Entgeltgruppe eingespart werden. Seit dem 15.01.2025 werden alle neu ausgeschriebenen Stellen, außer befristete Stellen, auf Notwendigkeit geprüft.

Herr Berg bittet um eine Beschlussvorlage zur nächsten Sitzung.

Der Informations- und Sicherheitsbeauftragte Sebastian Gall stellt sich vor (Präsentation angehängt). Er erläutert die Notwendigkeit seiner Stelle, die existierende Gefahrenlage, sowie sein Aufgabenumfeld mit Arbeitsschwerpunkten.

Herr Fritzke fragt nach langfristiger Datensicherung.

Die Datensicherung muss nur für eine gewisse Zeit vorliegen, da es keinen Sinn macht, ein Backup für 10 Jahre aufzubewahren. Es existiert ein Konzept der Abteilung für Informationsund Kommunikationstechnik, Herr Gall überprüft regelmäßig, ob die Backups funktionieren.

Herr Richter fragt, ob die Universitäts- und Hansestadt Greifswald (UHGW) einen Desaster Recovery Plan besitzt und wie lange es von Totalzerstörung bis zur Arbeitsfähigkeit dauern würde.

So ein Plan wird derzeit erstellt, es müssten im Ernstfall allerdings 60 bis 70 Hardwareserver beschafft werden. Es existiert ein Krisenstab für dieses Thema. Herr Richter merkt an, dass es bei anderen Landkreisen mehrere Monate gedauert hat, bis sie wieder arbeitsfähig waren, es müsste in 2-3 Wochen möglich sein.

Herr Bernd fragt nach Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen Greifswalds, zum Beispiel die Universitätsmedizin. Herr Gall erklärt, dass er an vielen Veranstaltungen teilnimmt und sich mit anderen Einrichtungen austauscht.

<u>Anlage 1</u> Präsentation - IT-Sicherheitsbeauftragter öffentlich

8 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Berg verlässt den Sitzungsraum von 19:14 bis 19:16 Uhr

Herr Feldt stellt das Projekt "W-Lan in der Innenstadt" vor, welches am 07.07.2025 startet. Gefördert wurde es vom Innenministerium des Landes. An 8 Punkten in der Innenstadt wurden Router in Betrieb genommen und mit Hinweisschildern gekennzeichnet. Dort können Bürger bis zu 8 Stunden kostenlos surfen. Leider war aus fördertechnischen und vertragsrechtlichen Gründen keine Verschränkung mit dem Freifunknetz möglich.

Herr Feldt erläutert die Übersicht zur Gewerbe- und Übernachtungssteuer (Präsentation angehängt). Das Soll ist stark zurückgegangen, was die Stadt vor finanzielle Herausforderungen stellt. Vorauszahlungen für 24/25 wurden angepasst. Das heißt entweder, dass die Firmen ein schlechtes Geschäft machen oder dass sie neu investieren. Die Firma Hanse Yachts wird verkauft, es werden 200 Mitarbeiter entlassen. Für diese wird Mitte Juli eine Art Speeddating mit potentiellen Arbeitgebern stattfinden. Für die Bettensteuer haben diverse Anbieter unter Androhung von Zwangsgeld Auskunftsersuchen erhalten und sind diesen nachgekommen. Bisher nicht registrierte potentielle Beherbergungsbetriebe wurden um Stellungnahme gebeten. Es wird oft

gestritten, ob die Anbieter tatsächlich als Beherberger tätig sind. Unter Umständen muss auch noch baurechtlich die Umwidmung von Wohnung auf Ferienwohnung erfolgen. Frau Wisnewski fragt nach einer Nachforderung für 2023. Betriebe die sich bisher nicht freiwillig gemeldet haben, wollen häufig auch jetzt nicht freiwillig die Abgabe zahlen. Es werden Verspätungszuschläge festgesetzt und die Vorgänge zur Einleitung von Bußgeldverfahren an die Bußgeldstelle weitergeleitet.

Herr Feldt wird auf Frau Wisnewskis Frage hin Zahlen nachliefern, wie viele unangemeldete Ferienunterkünfte im Verlauf des Verfahrens entdeckt wurden.

Mitteilungen der Wirtschaft öffentlich

9 Mitteilungen der Vorsitzenden

Keine

10 Beschlusskontrolle

Keine

11 Beratung der Beschlussvorlagen

11.1 Globalbeschluss zur Vergabe von Gewerbe- und Industriegrundstücken in Bebauungsplangebieten

BV-V/08/0141

Frau Groth erläutert die Beschlussvorlage. Der Festpreisbeschluss von 2010/2011 wurde ergänzt. Es werden jetzt zusätzlich zu Verkäufen auch Erbbaurechte in B-Plan-Gebieten miterfasst. Außerdem müssen Grundstücke jetzt zum Verkehrswert statt Bodenrichtwert veräußert werden.

Frau Wolter bittet um Zurverfügungstellung der genauen Änderungen im Vergleich zum alten Beschluss bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung.

Ergebnis:

Anlage 1

nicht abstimmungsfähig

11.2 Grundstücksverkäufe wieder ermöglichen

BV-P-ö/08/0154-01

Herr Winkler verlässt den Sitzungsraum von 19:37 bis 19:39 Uhr.

Herr Richter bemängelt, dass in dem Antrag die finanziellen Auswirkungen nicht beschrieben werden. Herr Berg erklärt, der Beschluss an sich hat keine direkten finanziellen Auswirkungen.

Frau Wisnewski bemängelt, dass es den Handlungsspielraum der UHGW verringert, wenn wir Grundstücke abgeben. Die Universität und Kirchen sowie erfolgreiche Städte wie Wien und Hamburg behalten ihre Grundstücke und halten sich so für Generationen Gestaltungs-

und Handlungsspielräume frei. Erbbaupacht wäre nach Möglichkeit erstmal zu bevorzugen. Laut Herrn Berg besitzt die Bürgerschaft weiterhin die Hoheit über Verkaufsentscheidungen, es soll lediglich das Verfahren vereinfacht werden. Es soll das Momentum genutzt werden, wenn es Interessenten gibt, die in die Stadt investieren wollen. Angesichts Wirtschaftskrise und Bevölkerungsrückgang sollten wir unsere Chancen nutzen.

Herr Prof. Dr. Hardtke meint, der Planungshorizont wäre kürzer als 100 Jahre, eher 20 Jahre. Mit jedem verkauften Grundstück haben wir Gewerbeansiedlung oder schaffen Wohnraum und Steuereinnahmen.

Herr Feldt berichtet aus der täglichen Arbeit: Erbpacht wird oft angenommen, aber es gibt auch Fälle, in denen gekauft werden muss. Die Außendarstellung ist wichtig, auf Immobilienportalen wie dem Investguide MV werden Grundstücke bevorzugt, bei denen von vorneherein die Option für Kauf besteht. Wir befinden uns im Wettbewerb mit ähnlich großen Städten. Kleinere Gemeinden, z.B. Jarmen, sind oft schneller und flexibler. Vor allem große Investoren bestehen in der Regel auf Kauf.

Frau Hübner findet, dass nichts krisenfester ist als ein Grundstück zu besitzen und uns deswegen Erbbaupachtverträge verloren gehen, wenn die Investoren sich auch für einen Kauf entscheiden können. Herr Berg erklärt erneut, dass andere Verfahren nicht abgegrenzt werden sollen, der Verkauf soll lediglich vereinfacht werden.

Frau Wolter begrüßt es, eine weitere Option zur Verfügung zu haben, da die Investoren Gewerbesteuer bezahlen.

Laut Herrn Feldt gab es in letzter Zeit vor allem Anfragen für extrem große Gewerbeflächen, die für unsere Stadt volkswirtschaftlich gar keinen Sinn machen. Für diese werden Investoren auf andere, größere Standorte, wie das Pommerndreieck, verwiesen.

Herr Richter gibt zu bedenken, dass manche Firmen, wie in Barth geschehen, Grundstücke nur für eine Beleihung kaufen und dann nicht bebauen. Dieses Grundstück ist durch die Beleihung jetzt praktisch unverkäuflich und die Stadt kann es nicht entwickeln. Die UHGW sollte also genau prüfen, an wen wir Grundstücke verkaufen und nur bei einem gutem und vor allem glaubwürdigem Konzept zustimmen. Es sollte vertraglich eng gestaltet werden, wie das Grundstück bebaut werden soll, dann spricht auch nichts gegen einen Verkauf.

Herr Dr. Dr. Valentin betont, die Beschlussvorlage fordert die Flexibilisierung in der Vergabestruktur, die Vergabepraxis ist davon nicht eingeschränkt. Herr Prof. Dr. Hardtke stimmt dem zu.

Herr Ziola fragt nach der expliziten Bedeutung von Punkt 5 und 6 der Beschlussvorlage. Frau Wisnewski erklärt, dass die Grundstücke rausgenommen wurden um soziale Segregation zu vermieden, da die umliegenden Wohngebiete bereits hochpreisig sind. Laut Herrn Berg soll die Vergabe vereinfacht werden, weil das Grundstück in der Loitzer Straße seit 5 Jahren nicht verkauft werden konnte, es muss attraktiver werden.

Die Geschäftsführerin der WVG erklärt, dass bei Festlegung von B-Plan 13 eine völlig andere Förderlandschaft bestand. Die Bindung wurde letztes Jahr von 20-jährig auf 40-jährig geändert. Mieter müssen also nur einmal ihre Bedürftigkeit nachweisen und dürfen dann 40 Jahre lang mit Mietpreisbindung dort in der Sozialwohnung wohnen. Das ist sehr unwirtschaftlich und schreckt Investoren ab.

Sozialer Wohnungsbau heißt, es soll zu einem geringen Standard für einen vernünftigen niedrigen Preis gebaut werden. Die Wohnungsförderprogramme wurden außerdem in den letzten Jahren immer komplizierter und unwirtschaftlicher.

Frau Groth erklärt, dass die Grimmer Straße mehrmals für mehrere Wochen ausgeschrieben

wurde, aber kein Investor interessiert war. Das Grundstück ist auch zu klein, um dort sozialen Wohnungsbau zu realisieren.

Frau Wisnewski kritisiert, dass das Grundstück höchstbietend vergeben werden soll, da der Kaltmietpreis dann wahrscheinlich zu hoch ausfällt, vielleicht bei 14€/m².

Die Geschäftsführerin der WVG merkt an, die Kreditzinsen schlagen sich auf den Vermietungspreis nieder.

Laut Frau Groth ist die Kontrolle des Mietpreises schwierig. Man kann vielleicht eine Vertragsstrafe einfordern, aber der Mietpreis ist dann trotzdem zu hoch. Bei Verkauf statt Erbbaurecht sind wir als Stadt auf den guten Willen des Investors angewiesen.

Ergebnis:

nicht abstimmungsfähig

11.3 Saubere Stadt Greifswald - Für eine Verbesserung der Straßensauberkeit in Greifswald

BV-P-ö/08/0155

Frau Wisnewski erläutert, dass diese Beschlussvorlange mehrere vorangegangene vereint. Die Mülleimer in der Innenstadt sollen endlich möwensicher werden, die Leerungszyklen sollen besonders am Wochenende und bei Veranstaltungen angepasst werden und die CDU-Fraktion hätte gerne eine Verpackungssteuer für Einwegverpackungen.

Herr Fritzke merkt an, dass seit 3 Jahren bereits eine Verpackungsmittelsteuer existiert.

Beim Würstchenladen in der Langen Straße steht kein Mülleimer deswegen hat die UHGW notgedrungen vor der Filiale des Fielmann eine Mülltonne zur Entlastung aufgestellt. Allerdings besitzt diese einen Deckel und ist mit "Papierkorb" beschriftet, sodass die Bürger sie lieber nicht nutzen. Es besteht die Gefahr, dass bei einer Beschriftung mit "Müll" die umliegenden Haushalte ihren Restmüll dort entsorgen.

Herr Ziola lehnt die Steuer ab.

Ergebnis:

nicht abstimmungsfähig

11.4 Änderung der Hundeverordnung

BV-P-ö/08/0157

Herr Helmut Holzrichter von der Ortsteilvertretung Eldena erläutert das Problem. Auf dem Deichweg ist im Sommer (01. April bis 30. September) generell die Mitnahme von Hunden verboten. An 3 Aufgängen zum Deich steht auf jedem Schild etwas anderes. Die Satzung über die Badeordnung unterteilt das Gelände in Wasser, Strand, Liegewiese (auf seeseitiger Deichböschung), Deich und das Gelände hinter dem Deich.

Das Hundeverbot soll einen örtlichen Geltungsbereich bekommen, sodass der Deichweg davon ausgenommen ist.

Herr Winkler erläutert, dass Immobilienverwaltungsamt momentan die Badeordnung bearbeitet. Ein Prüfauftrag, wie die Badestelle abzugrenzen ist, wäre aus seiner Sicht besser als eine Beschlussvorlage. Es müsste definiert werden, ob der Deich ein öffentlicher Weg ist, auf dem sowieso schon Leinenzwang besteht.

Herr Richter weist außerdem auf Kotbeutelständer und die Kontrolle der Leinenpflicht hin.

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung vom 25.06.2025

Sowohl Immobilienverwaltungsamt als auch Amt für Bürgerservice und Brandschutz sollen gegebenenfalls einen Prüfauftrag bekommen.

Ergebnis:

nicht abstimmungsfähig

11.5 Beratungsgipfel Verkehrssituation Schönwalde II

BV-P-ö/08/0158

Herr Ziola ist der Meinung, die Ortsteilvertretung (OTV) könne dieses Problem selbstständig lösen und die notwendigen Beteiligten einladen.

Frau Hübner widerspricht dem, oft sei die OTV nicht handlungsfähig und es wäre problematisch, alle Akteure einen Tisch zu bekommen und alle Fragen angemessen diskutieren zu können. Die Chancen stünden besser, wenn der Austausch offiziell von der Stadt organisiert würde.

Herr Berg meint, dass die Beschlussvorlage konkretisiert werden sollte, "Beratung" wäre nichtssagend, es müsste die Verkehrssituation analysiert werden.

Herr Prof. Dr. Hardtke vertritt die Meinung, es wäre eine Aufgabe der OTV, Teilnehmer könnten über den OB eingeladen werden.

Herr Dr. Valentin berichtet, die Vorsitzenden der OTV hätten die Absicht, eine Plattform zu bilden und Verwaltung und Politik einander näher zu bringen und Entscheidungsprozesse zu beschleunigen.

Ergebnis:

nicht abstimmungsfähig

12 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Herr Ziola sagt es müsste möglich sein, in Greifswald eine halbe Stunde kostenloses Parken an Parkuhren einzuführen.

Herr Berg berichtet, dass das Westend sich bei städtischen Events abgehängt fühlt. Im "Verein Greifswalder Innenstadt e. V." kann sich jeder einbringen. Herr Feldt erklärt, das Westend wird, auch von Greifswald Marketing, immer mit einbezogen.

Herr Berg fragt, ob in der Knopfstraße jetzt öfter Feste stattfinden können oder ob der MV-Tag eine Ausnahme war. Herr Winkler meint, es wäre vorerst eine Ausnahme, da gewisse (auch brandschutztechnische) Vorgaben eingehalten werden müssen und die Anwohner wenig begeistert von häufigen und längeren Festen (z.B. Weihnachtsmarkt) sind. Herr Berg fragt, wie generell die Vergabe bei Veranstaltungen funktioniert. Herr Winkler erklärt, dass Veranstalter jeglicher Art bis zum 31.10. jeden Jahres melden können, um Flächen für Events anzufragen. Bei zu vielen Anfragen für beliebte Flächen findet ein Losverfahren statt.

Herr Richter fragt ob es die Arbeitsgemeinschaft "HGWduo" noch gibt. Frau Felber antwortet, dass diese im September wieder tagt.

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung vom 25.06.2025

13	Ende der Sitzung	
Die öf	fentliche Sitzung endet um 20:26 Uhr.	
Proto	okollführung	Vorsitzende
Mart	ina Weiß	Katja Wolter